

Oberbürgermeister
der Stadt Mannheim
Herrn Christian Specht
Rathaus, E 5
68159 Mannheim

FDP / MfM – Fraktion
Fraktionsvorsitzende:
Dr. Birgit Reinemund

Rathaus E 5
68159 Mannheim

Tel.: +49 621 293-9405
Fax: +49 621 293-9536
fdp-mfm@mannheim.de

Antrag zur Sitzung des Gemeinderates am 12. März 2024

7. März 2024

Parken für Pflege, Hebammen und Handwerk

Der Gemeinderat möge beschließen:

- Bei den Gebühren für Ausnahmegenehmigung zum Parken für ambulante Pflegedienste, Handwerker oder Hebammen werden Preisstaffeln eingeführt, so dass für das erste Fahrzeug der vollen Satz, für alle weiteren reduzierte Sätze angewendet werden.
- Zusätzlich legt die Verwaltung einen Vorschlag vor, wie bei reduziertem Parkraum in der Innenstadt und in bewusst ohne öffentliche Parkplätze konzipierten Stadtbezirken wie Franklin gewährleistet wird, dass den oben genannten Berufsgruppen eine legale Parkmöglichkeit zur Verfügung steht. Mögliche, zu prüfende Erleichterungen für die Berufsgruppen:
 - Befreiung vom Verbot des Parkens auf Bewohnerparkplätzen
 - Befreiung vom Verbot des Parkens außerhalb der dafür gekennzeichneten Flächen in verkehrsberuhigten Bereichen
 - Überprüfung der maximal erlaubten Parkdauer

Begründung

Sonderausweise für die genannten Berufsgruppen kosten in Mannheim für jedes Fahrzeug den gleichen Betrag, während andere Städte wie Ludwigshafen ab dem zweiten Fahrzeug deutlich reduzierte Sätze verlangen. Gerade Pflegedienste, die häufig größere Anzahl relativ kleiner Autos mit nur kurzen Parkzeiten haben, aber auch Handwerker, die darauf angewiesen sind, Material auf kurzem Weg zur Baustelle zu bringen, werden über Gebühr belastet. Wir fordern, dass die Verwaltung auch in Mannheim gestaffelte Gebühren einführt.

Selbst mit Sonderausweis können allerdings ambulante Pflegedienste, Hebammen und Handwerker ihrer wichtigen Aufgabe nicht nachgehen, wenn schlicht keine Parkplätze vorhanden sind. Aus mehreren Stadtteilen erreichen uns Berichte, dass Pflegedienste, Hebammen und Handwerker aufgrund des Mangels an Parkmöglichkeiten keine Kunden mehr annehmen. Soziale Dienste und Handwerkerdienstleistungen gehören zur Grundversorgung und müssen für allen Bewohner in allen Stadtteilen zur Verfügung stehen. Die Stadt hat hier einen Versorgungsauftrag und muss für die entsprechende Infrastruktur zum Beispiel durch den Bau von Kurzzeitparkplätze sorgen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Birgit Reinemund
Stadträtin, FDP



Volker Beisel
Stadtrat, FDP



Prof. Kathrin Kölbl
Stadträtin, FDP



Wolfgang Taubert
Stadtrat, MfM